

# Pressemitteilung

17. Januar 2024

SoVD kritisiert Ungleichbehandlung bei finanzieller Unterstützung

## **Inflationsausgleich: Rentner\*innen werden abgehängt**

**Hannover. Mit Empörung reagiert der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen auf den Gesetzentwurf der niedersächsischen Landesregierung zur Sonderzahlung einer Inflationsausgleichsprämie an Pensionäre\*Pensionärinnen. Die Tatsache, dass es für Rentner\*innen keine Ausgleichzahlung gibt, ist in den Augen des SoVD zutiefst ungerecht. Er fordert deshalb von der Politik, eine entsprechende finanzielle Unterstützung auf den Weg zu bringen.**

Bis zu 3.000 Euro erhalten ehemalige niedersächsische Beamte\*Beamtinnen ab April dieses Jahres als Ausgleich für die gestiegene Inflation. Möglich machen dies die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst und ein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung. „Wir gönnen wirklich jedem\*jeder eine solche Ausgleichzahlung. Was wir aber nicht einfach hinnehmen können, ist die Tatsache, dass es so eine Unterstützung für die fast zwei Millionen Rentner\*innen in Niedersachsen nicht geben wird. Da wird mit zweierlei Maß gemessen“, kritisiert Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Verbandsrats in Niedersachsen. Betroffene könnten diese Ungerechtigkeit nicht nachvollziehen und fühlten sich von der Politik im Stich gelassen. „Bei uns melden sich immer mehr enttäuschte Mitglieder, die die Welt nicht mehr verstehen“, berichtet Sackarendt.

Für Niedersachsens größten Sozialverband steht fest, dass auch Rentner\*innen eine Sonderzahlung erhalten müssen. „Das ist gerade für diejenigen wichtig, die nur eine kleine Rente erhalten und auf jeden Cent angewiesen sind“, so der Verbandsratsvorsitzende. Deshalb müsse sich Niedersachsen im Bundesrat dafür starkmachen, dass diese Ungerechtigkeit beendet werde und auch Rentner\*innen mit einer Ausgleichzahlung entlastet werden.